Beschlussvorlage

nichtöffentlich öffentlich

Fachbereich/Sg.: FB3	Az.:	Datum: 15.09.2021	Vorlage Nr. 20210235/FB3
-------------------------	------	----------------------	-----------------------------

Beratungsfolgen	TOP	Termin	Zuständigkeit	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	Ö	08.09.2021	Vorberatung	
Stadtrat	Ö	28.09.2021	Entscheidung	

BETREFF

Kommunaler Vollzugsdienst
Einrichtung von zwei weiteren Stellen (Außendienst/Innendienst)

Beschlussvorschlag:

Der Einrichtung von zwei weiteren Stellen (Außendienst/Innendienst) für den kommunalen Vollzugsdienst zur Gewährleistung der gesetzlich zugewiesenen Aufgaben wird grundsätzlich zugestimmt.

Bürgermeister/Dezernent/in:

Begründung:

In Rheinland-Pfalz regelt das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) die Zuständigkeiten der Sonderordnungsbehörden und der Allgemeinen Ordnungsbehörden. Gemeinden und Kreise werden verpflichtet, als Ordnungsbehörden zum Vollzug der ihnen gesetzlich übertragenen Aufgaben zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, kommunale Vollzugsbeamte einzustellen.

Die Frage „Wie viele Personen eine Kommune für ihren Kommunalen Ordnungsdienst benötigt“, richtet sich

- a) nach dem Umfang der zugewiesenen und zu bewältigenden Aufgaben sowie
- b) nach den erforderlichen Einsatzzeiten (tagsüber, abends, nachts, unter der Woche, an Wochenenden und Feiertagen).

Der Kommunale Vollzugsdienst der Stadt Bad Dürkheim wird aktuell von drei Vollzugsbeamten in Vollzeit geleistet. Zu ihren Aufgaben zählen primär

- Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger zu sein
- die Gefahrenabwehr und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Diese werden durch präventive Fuß- und Fahrzeugstreifen gewährleistet. Die Beamten können z.B. die Anleinplicht für Hunde überwachen, gegen aggressive und organisierte Bettler einschreiten oder exzessiven Alkoholmissbrauch in der Öffentlichkeit unterbinden. Auch der Lärmschutz, insbesondere bei nächtlicher Ruhestörung durch private Feiern und Partys, gehört zum Aufgabenbereich des KVD.

- die Überwachung von Auflagen für Sondernutzung des öffentlichen Straßenraums, etwa durch Verkaufsstände
- die Durchführung von Kontrollen zur Einhaltung des Jugendschutzes in Gaststätten, Spielhallen und Lebensmittelmärkten
- die Ermittlungen und Maßnahmen im Vollzug der Gewerbeordnung, der Handwerksordnung und des Landesfeiertagsgesetzes
- Amtshilfe bei Ersuchen anderer Behörden und Dienststellen wie z.B. örtliche Ermittlungen, Durchsuchungszeugen
- die Überwachung der Feldwegesatzung durch Verkehrskontrollen
- die Überwachung des Verlaufs von Veranstaltungen und Festen
- sowie weitere Aufgaben, die durch das Land übertragen werden.

Die oben aufgeführte Aufzählung der gesetzlich zugewiesenen Aufgaben ist nicht abschließend; hinzu kommt, dass die Aufgaben in den vergangenen Jahren an Umfang gewachsen und manche Aufgaben auch mit erhöhtem Gefahrenpotenzial verbunden sind.

Anhand einer Präsentation wurden in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses wichtige Informationen über Zuständigkeiten, Aufgaben, notwendige Einsatzdienste und die sich daraus ergebende Personalbemessung für den kommunalen Vollzug erteilt.

Aufgrund der gestiegenen Zahl an allgemeinen Vorgängen, insbesondere aber an der Anzahl von örtlichen Ermittlungen, der hohen Anzahl an verkehrsrechtlichen Anordnungen, den Forderungen aus der Bevölkerung, verschiedene Örtlichkeiten regelmäßiger zu kontrollieren und Präsenz zu zeigen (Beispiel: Unterführung Wasserhohl, Kurpark, touristische Ausflugsziele) sowie der Anzahl an Veranstaltungen und Festen in Bad Dürkheim, können die gesetzlich zugewiesenen Aufgaben mit dem vorhandenen Personal nicht ausreichend und optimal bewältigt werden.

Der Kommunale Vollzugsdienst soll deshalb optimiert werden, indem Einsatzzeiten neu definiert und strukturelle Veränderungen vorgenommen werden. Der daraus entstehende zusätzliche Bedarf von zwei Stellen wurde bereits in der Organisationsuntersuchung 2020 festgestellt.

Einsatzzeiten

Neben dem Regeldienst während den Öffnungszeiten/Erreichbarkeit der Verwaltung, sind zu bestimmten Zeiten und Anlässen, Abend- und Wochenenddienste erforderlich.

Bad Dürkheim ist stark vom Tagestourismus geprägt. Besonders an Wochenendtagen halten sich viele Touristen und Ausflügler im öffentlichen Raum auf. Insbesondere in den Sommermonaten bringt diese Situation eine erhöhte Anzahl an Ordnungsstörungen mit sich (Kurpark, Ausflugsorte). Auch die Vielzahl von städtischen und privaten Veranstaltungen erfordern notwendige Dienste des Kommunalen Vollzugsdienstes.

Ordnungsstörungen im öffentlichen Raum z.B. anlässlich von Veranstaltungen oder Lärmkontrollen in Gaststätten bedürfen daher einer anderen Einsatzzeit als die Kontrolle von verkehrsrechtlichen Anordnungen oder präventiven und anlasslosen Streifengängen.

So kommen Ordnungsstörungen im öffentlichen Raum häufig an Wochenenden in den Zeiten zwischen 17.00 Uhr und 01.00 Uhr vor, da freitags und samstags mehr Menschen zum Vergnügen in Gaststätten oder im Freien unterwegs sind.

Neben den Wochentagen unterscheiden sich auch die Jahreszeiten (Sommer- und Wintermonate) in ihren Einsatzhäufigkeiten und müssen künftig in den Dienstplänen stärker Berücksichtigung finden.

Strukturelle Veränderung

Bei der Stelle eines Vollzugsbeamten wird in Außendienst- und Innendienstzeiten unterschieden. Bisher haben die Vollzugsbeamten der Stadt Bad Dürkheim beide Dienste übernommen.

Dies führte jedoch dazu, dass die Beamten entweder zeitweise sehr stark im Innendienst gebunden waren und zu wenig im Außendienst tätig sein konnten oder die Beamten, aufgrund von notwendigen Kontrollen (z.B. von verkehrsrechtlichen Anordnungen) oder Veranstaltungsbetreuungen, ihre Innendiensttätigkeiten nur durch Überstunden bearbeiten konnten.

Durch eine Trennung von Außendienst und Innendienst kann nach Ansicht der Verwaltung die Arbeit des kommunalen Vollzugsdienstes optimiert werden.

Unter Berücksichtigung des neuen Einsatzkonzeptes, das neben dem Regeldienst auch Abend- und Wochenenddienste im Jahr vorsieht sowie einer Trennung von Außen- und Innendienst, ergibt sich nach neuer Personalbemessung ein Bedarf von zwei weiteren Stellen für den kommunalen Vollzugsdienst (1 Stelle Außendienst, 1 Stelle Innendienst).

Insgesamt würde der kommunale Vollzugsdienst mit 4 Stellen im Außendienst und einer Stelle im Innendienst besetzt werden.